

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Arbeiterstimme sind in allen Nummern ersparnis

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Druckpreis monatlich (inkl. Post) 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-Alt, Osterbahnstr. 2 / Fernspr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Dienstag, den 30. August 1927 Nummer 202

Abdankungspläne Hindenburgs Sozialdemokrat Braun erfucht Hindenburg im Interesse der Volksgemeinschaft zu bleiben

Furcht der Deutschnationalen und Sozialdemokraten vor Neuwahlen

Die Welt am Abend schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe: In eingeweihten politischen Kreisen wird augenblicklich sehr lebhaft die Frage diskutiert, ob Hindenburg mit Ablauf seines 80. Lebensjahres, also am 2. Oktober, von der Reichspräsidentenämter zurücktreten und sich vom politischen Leben völlig zurückziehen wird.

Der Reichspräsident selber hat den lebhaftesten Wunsch wiederholt geäußert, als alter Mann den Posten seiner repräsentativen Stellung entlassen zu sein.

In der Umgebung Hindenburgs dagegen sieht man alle Hebel in Bewegung, um den Reichspräsidenten von dieser Abtät wieder abzubringen. Man befürchtet in diesen Kreisen, zum zweiten Male keinen deutschnationalen Reichspräsidenten durchzusetzen und eine empfindliche Schlappe beim kommenden Reichspräsidentenwahlkampf zu erleiden.

Besonders interessant ist es nun, daß zu jenen Männern, die Hindenburg zum Ausstatten als Reichspräsident bestimmen wollen, vor allem der preußische sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun gehört. Braun, der sich durch seine Millionenverdienste an die Hohenzollern die heftigsten Sympathien des Generalschicht erworben hat, und der auch als Jagdnachbar mit dem Reichspräsidenten sehr gut steht, hat seinen ganzen Einfluß bei Hindenburg geltend

gemacht, um diesen von der vorzeitigen Abdankung wieder abzuhalten.

Der Sozialdemokrat Braun hat, wie die J.-A.-Korrespondenz erzählt, dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, daß er die Aufgabe der Volksgemeinschaft über alle Parteien hinweg zu bilden, erst lösen müsse, ehe er an einen Rücktritt denken dürfe. Der erbitterte Wahlkampf um die Person des neuen Reichspräsidenten würde dieses Ziel der nationalen Volksgemeinschaft in weitere Ferne rücken wie je zuvor. Nur Hindenburg, der sich von dem Sozialdemokraten Braun so geliebt sieht, haben diese Argumente starken Eindruck gemacht.

In übrigen hat man noch nichts davon vernommen, daß Ministerpräsident Braun seinen Freund Hindenburg für eine Annahme, die den politischen Befehlungen der Linken die Freiheit zurückgeben würde, besonders interessiert hätte. In dieser Hinsicht will man vielmehr auch heute noch nur eine Unerbittlichkeit, bei denen natürlich Reichstagsbeschlüsse bevorzugt werden, vornehmen.

Die endgültige Entscheidung über seinen Rücktritt wird der Reichspräsident nach Beendigung seines bayrischen Erholungsurlaubes treffen. Es ist im Augenblick durchaus unsicher, ob Hindenburg, der ja wie alle alten Leute in seinen Entschlüssen etwas launenhaft ist, nicht doch noch plötzlich seine Abdankung aus Anlaß des 80. Geburtstages der Öffentlichkeit mitteilen wird.

Der Terror in Hamburg

Einkerkelung der Bürgerschaft.
Hamburg, 30. Aug. (Eig. Drahtbericht.)
Der Hamburger Senat verhängt den Terror gegen die KPD von Tag zu Tag. Die kommunistische Bürgerwehraktion sollte vor den Wahlen ein Mittelungsblatt herausbringen, um so zu den Wählern sprechen zu können. Der Druck wurde aber durch Polizeigewalt verhindert. Auf Grund dieser Maßnahmen wird die KPD beim Reichsgericht beantragen, daß die Verbote aufgehoben werden, da nach Wortlaut der Verfassung eine Parlamentsaktion die Möglichkeit haben muß durch Druckerzeugnisse zu den Wählern zu sprechen. Die Justiz hat 20 Unterschriften gezeichnet und die Einkerkelung der Bürgerschaft verlangt. Die Sitzung wird am Mittwoch stattfinden. Die kommunistische Fraktion verlangt sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote, Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsverbotes, Wiederherstellung der Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den blutigen Vorgängen, Abhebung des Polizeipräsidenten. Die Bürgerlichen setzen ihre Behauptung gegen die KPD fort. Die Hamburger Zeitungen erklären unfreiwillig den Zweck der Verbote, indem sie erklären:

„Das kommunistische Blatt würde es weitherhaft verstanden haben, so lange den Arbeitern die Schuld der Polizei klar zu legen, bis die auf die KPD eingeschworbenen Arbeiter von der Schuld der Polizei sich überzeugen ließen.“

Das bedeutet, daß die Hamburger bürgerlichen Blätter ihrer Aufgabe über die Verbote Ausdruck geben. Bei den Terrormaßnahmen tun sich die Sozialdemokraten besonders hervor. Am Sonnabend wurde das Haus Valentinsplatz 41/42 bewacht und alle, die dort ein- und ausgingen, wurden durchsucht. Darunter befanden sich auch Bürgerwehrangehörige der KPD. Nach Befragung beim Polizeipräsidenten teilte derselbe mit, daß es sich um einen Verstoß des Polizeikommandanten handelte. Der Kommandant, namens Kaiser, ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Reichstages.

Polizeipräsident Fleißner ändert das Demonstrationsverbot

Leipzig, 30. Aug. (Eig. Drahtbericht.)
Der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner, der in der vergangenen Woche sämtliche Demonstrationen und Kundgebungen verboten hatte, änderte das Verbot dahingehend, daß Kundgebungen und Demonstrationen der KPD, des KFD, des KFD, der Roten Jungfront, des KFD und der KFD verboten sind.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner gibt damit den Arbeitern, den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen Demonstrationsfreiheit. Nur die Kundgebungen der KPD bleiben verboten. Ganz klar wird damit aufgedeckt, daß Fleißner eine Feststellung der Schuld der Polizeibeamten verhindern will. Klar wird aber auch bezeugt, daß die KPD die einzige Partei der Arbeiter ist, die ernsthaft gegen Klassenjustiz und Polizeiterror kämpft. Die SPD erhält Freiheit wie die bürgerlichen Parteien. Das zeigt, daß man diese SPD nicht fürchtet. Sie braucht man nicht ernst zu nehmen. Von den SPD-Führern ist nicht zu erwarten, daß sie gegen den Terror aufstehen werden.

Die Beerbigung Saccos und Vanzettis

Eine massenhafte Demonstration.
Berlin. Wie das Berliner Tageblatt sich aus Washington berichten läßt, wurde Sacco und Vanzetti in Boston ein Begräbnis bereitet, wie bisher keinem Bürger. Die Menschenmenge, aus etwa 4 Millionen geschätzt, füllte den 12 Kilometer langen Weg zum Friedhof und harzte trotz Kälte und Nässe aus, bis der Zug vorüber war. Wenn auch nicht alle Zuschauer Anhänger der Hingerichteten waren, so bewährten sie doch eine würdevolle Haltung bei der Vorbefahrt der Leichenwagen, denen Trauereisen folgten, trotz verschiedener Versuche der Polizei, den Zug aufzulösen.

Die Statue des Nordes

Eine amerikanische Flagge verbrannt.
London. Auf einer am 28. August stattgefundenen Protestkundgebung auf dem Trafalgarplatz wurde eine amerikanische Flagge mit Petroleum überschüttet, um sie zu verbrennen. Vorher es jedoch dazu kam, wurde die Flagge von den Zuschauern in Stücke gerissen. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coof, erklärte, die Statue der Freiheit setze sich vor der Welt als eine Statue des Nordes da.

Trauerkundgebungen in Rußland

In Moskau wurden anläßlich der Bekatung von Sacco und Vanzetti überaus Trauerflagen geschlagen. In verschiedenen Städten der Sowjetunion fanden Protestversammlungen und Kundgebungen statt unter der Losung: „Auf die Herausforderung der Bourgeoisie antwortet das Proletariat mit dem Zusammenstoß der revolutionären Front!“ Alle vergangenen Sonntag hatte das Moskauer Komitee der KPSU Weisungen erteilt, die auf den größten Moskauer Plätzen stattfinden.

In den Leningrader Betrieben besprachen die Arbeiter während der Mittagspause die augenblickliche Situation. Am Tage der Bekatung von Sacco und Vanzetti hatten die Arbeiter Kundgebungen veranstaltet. Im internationalen Seeverkehr fand eine Versammlung ausländischer Seeleute der im Leningrader Hafen liegenden Schiffe statt. An der Versammlung nahmen Seeleute von englischen, deutschen, norwegischen und schwedischen Dampfern teil. Die gehaltenen Reden wurden fortwährend durch Rufe „Nieder mit der amerikanischen Bourgeoisie!“, „So lebe das Volk von Sacco und Vanzetti!“ unterbrochen.

In Charkow, Kiew und anderen Städten fanden am Bestattungsstige Trauerkundgebungen statt. In Kiew wird eine Straße nach den Wärdern des amerikanischen Imperialismus benannt werden.

Die Entrüstung über die Ermordung von Sacco und Vanzetti herrscht nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern der Sowjetunion. Die Bauern verfolgen ihren Glauben in zahlreichen Resolutionen und Erklärungen über die Unterstützung des Weltproletariats bis zum endgültigen Siege über den Kapitalismus Ausdruck.

Landtagsmehrentag im September

Wie wir heute früh erfahren, soll der Sächsische Landtag am 29. oder 27. September zu einer kurzen Zwischensitzung zusammenkommen.

Massenwille zum Klassenkampf

Von W. Ullrich
Klassenkampf hat Arbeitsgemeinschaft! Unter dieser Losung demonstrierten unzählige Berliner Arbeiter in Treptow. Empört über das Nationalisierungsgeleit, die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit, die Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung, haben sie ihrem Willen zum Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen Ausdruck. Kein Wort war zu hören von Wirtschaftsdemokratie, Betriebsdemokratie, Unvermeidlichkeit der Anerkennung von Schlichtungsstellen, Wahrung der „Interessen der Wirtschaft“ und wie die arbeitsgemeinschaftlichen Redaktionen alle behaupten.

Die Demonstration war befehligt von dem Willen, alle Kraft einzusetzen, um durch systematische Verbearbeitung die Kraft der Gewerkschaften zu heigern, aber auch getragen von dem Bewußtsein, daß nur durch den revolutionären Klassenkampf die Lage der Arbeiter verbessert werden kann und den Unorganisiertheit die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation betonen werden kann.

Dieser Stimmung der Masse der Gewerkschaftskollegen gab Eggert in seinem Referat Ausdruck, indem er besonders hervorhob, daß die Löhne nicht entsprechend den Preisen gestiegen sind und daß deshalb Lohnkämpfe unerlässlich sind. Wie diese Kämpfe geführt werden sollen, das lagten die Anführer der zahlreichen Transparente, auf denen zu lesen war:

- Kampf um zwischenklassische Lohnerhöhungen!
- Nieder mit dem Schlichtungszwang!
- Zwangsschlichtung ist Raub des Streikrechtes!

Es kommt jetzt darauf an, daß diese Massenforderung nach Lohnerhöhung und Kampf gegen Schlichtungspolitik und Antistreitpolitik darin zum Ausdruck kommt, daß die Gewerkschaften in den Betrieben angeht die Steuerpolitik der Bürgerblockregierung und der Nationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer Lohnerhöhungen stellen, und daß die Gewerkschaften den Kampf um Erhöhung der Löhne 1928 bestehender Tarifverträge organisieren.

In Verbindung mit dem Kampf um Erhöhung der Löhne gilt es, den Achtstundentag und die 45-Stundenwoche durchzusetzen. Wenn Kollege Eggert in seinen Ausführungen hervorhob, daß die kapitalistische Nationalisierung die Verwirklichung des Achtstundentages und der 45-Stundenwoche zu einer unumgänglichen Notwendigkeit mache, so empficht das absolut den Fortschritt der Gewerkschaftskollegen, aber nicht den Taten des Bundesvorstandes des ADGB. Wie hätte es sonst möglich sein können, daß der ADGB sein Arbeitsetztgesetz propagierte, indem der zehntündige Maximalarbeitszeit festgelegt ist? Warum hat der ADGB nicht den Massenkampf gegen das Arbeitsetztgesetz organisiert und die Lösung herausgegeben?

Verlaßt nach 8 Stunden die Betriebe!
Warum wurden trotz Kampfbereitschaft der Gewerkschaftskollegen in zahlreichen Betrieben Tarifverträge mit Arbeitsetzen bis zu 9 und 10 Stunden täglich unterzeichnet? Auf die Taten kommt es an!

Dieser Kampf der Gewerkschaften um Erhöhung der Löhne und Kürzung der Arbeitszeit gegen die Steuerpolitik des Bürgerblocks und gegen die Streikverbote durch die Bürgerblockjustiz ist nur mit Erfolg möglich, wenn die Gewerkschaften den Kampf gegen das politische Raubtier der Unternehmer, gegen die Bürgerblockregierung und ihre Organe, organisieren. Die Sozialpolitik, die Schlichtungspolitik, die Streikverbote sind der genügende Beweis für die Notwendigkeit der Einigung der Klassen der Gewerkschaften gegen die Bürgerblockherrschaft. Es ist charakteristisch, daß Kollege Eggert sein Wort über Kampf gegen den Bürgerblock sprach, während das etwa mit Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften? Oder ist das die Auswirkung jener Auffassung über die Gewerkschaftspolitik, die Leipzig am Sonntag im Vorwärts zum Ausdruck bringt, wenn er sagt, daß die Gewerkschaften ein lebenswichtiger Bestandteil des Staates sind? Angehts dieser Politik der Gewerkschaften im Kampf gegen den Bürgerblock und angehts der wirtschaftsdemokratischen Orientierung sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer wundere ich der Kollege Eggert auch noch, daß die Opposition in den Gewerkschaften immer härter wird (er nennt selbstverständlich alle Arbeiter, die keine wirtschaftsdemokratischen Träume sind, „Jellenbauer“, die die Gewerkschaften schädigen wollen). Gerade die Wirtschaftskämpfe der letzten Monate haben bewiesen, daß dort, wo von den Gewerkschaften Organisationen eine revolutionäre Streitkraft angemahnt wurde, das Höchstmaß der gewerkschaftlichen Einheit und der gewerkschaftlichen Kampfraft zum Ausdruck kam. Allerdings, wenn Gewerkschaftsleitungen der Meinung sind, daß die von den Schlichtern des Bürgerblocks verbindlich erklärten Schlichtungsbedingungen anerkannt werden müssen, daß es gilt, durch den Kampf um die Parität in kapitalistischen Wirtschaftskörpern (Reichswirtschaftsrat, usw.) die Wirtschaftsdemokratie herzustellen, daß die Gewerkschaften nicht nur in den Organen des kapitalistischen Staates am Aufbau der Wirtschaft mitwirken müssen, sondern daß es auch notwendig ist, die Koalitionspolitik in den kapitalistischen Regierungen zu unterstützen, und wenn gar die Gewerkschaftsleitungen die Worte „Wirtschaftsdemokratie“ verwenden, was die Arbeiter Klassenkampf von den „Arbeitsverträttern“ in einer Koalitionsregierung geführt wird, dann wird die Opposition in den G.

B
SCHEN
Schokoladen
Konfitüren
H. Marschan
Leipziger Str. 116
Ernst Liebold
Röschlächter
Ostbater Straße 51
Fr. Fanger
Dresden-Alt
Oschatzer Str. 13
Restaurant
Paul Richter
Alt-Pieschen 17
Walter u. Gehr
Schneide - Salon
d. Bauergasse
Rosenfortenstraße 11
Fahrräder
Reparaturen
A. Doll & Sohn
Bürgerstraße 41
Akkumulatoren
L. Zacher
Oschatzer Str. 17
Kolonialwaren
Lebensmittel
Milch
Alma v. W. W. W.
Konkordienstr. 24